



Schweizer Demokraten wieder im Grossen Rat

Mit Parteipräsident René Kunz, Reinach und Dragan Najman, Baden sind die SD nach vier jährigem Unterbruch wieder im Aargauer Grossen Rat vertreten.



Grossrat René Kunz



Grossrat Dragan Najman

Der SD-Kantonalvorstand bedankt sich bei allen Wählerinnen und Wählern, welche sich am 8. März 2009 für die Liste 7 der Schweizer Demokraten entschieden haben. Auf Grund einer Wahlanalyse stellen die SD

Baden, sowie René Kunz, Reinach, werden die SD Aargau im Grossen Rat des Kantons Aargau vertreten.

Die Schweizer Demokraten wollen eine unabhängige politische Kraft bleiben und sich nicht einem Fraktionszwang beugen. Zudem betreiben die SD in den nächsten vier Jahren nicht Parteipolitik, sondern Politik für die Aargauerinnen und Aargauer. Ausserdem werden die SD auch soziale und ökologische Anliegen unterstützen.

Die SD-Grossräte werden sich auch nicht scheuen, mit parlamentarischen Vorstössen den Parteienfanz innerhalb der kantonalen Verwaltung unter die Lupe zu nehmen.

Ein für die SD Aargau wirklich wahrhaftes Zitat: „Lieber mit der Wahrheit in die Opposition als mit der Lüge in die Regierung“.

„Lieber mit der Wahrheit in die Opposition als mit der Lüge in die Regierung“.

Aargau leider fest, dass unzählige Mitglieder, Gönner und Sympathisanten der SD Aargau dem Urengang fern geblieben sind, oder sich sogar für eine andere politische Partei entschieden haben. Dessen ungeachtet haben die SD nach einem aufwändigen und kostspieligen Wahlkampf zwei Grossratsmandate errungen. Dragan Najman,

Biometrischer Pass unnötig und gefährlich

Erst 2003 und 2006 wurden neue Schweizer Pässe eingeführt, welche die höchsten Anforderungen erfüllen.

Nun wollen Bundesrat und [Parlamentsmehrheit](#) ab 1.3.2010 alle neuen Schweizer Pässe und [in der Folge auch alle Identitätskarten](#) mit biometrischen Daten versehen und diese auf einem RFID-Chip speichern.

Dies, obwohl unzählige Experten auf die gravierenden Sicherheitsmängel der RFID-Technologie hinweisen und von einer Verwendung in Pass und Identitätskarte abraten, weil dadurch ein sicheres Dokument unsicherer würde.

Ausländische Behörden und sogar Privatunternehmen wie Transportunternehmen, Flughafenbetreiber und „andere geeignete Stellen“ sollen Zugriff auf die Daten auf dem Chip erhalten. Was diese mit den abgefragten Informationen machen, kann niemand mehr kontrollieren. Informatiker und Datenschützer schlagen Alarm. Zudem sollen alle biometrischen Daten der Bürgerinnen und Bürger in einer zentralen Datenbank des Bundes gespeichert werden - dies wäre heute mit Ausnahme von Frankreich [europaweit einmalig](#). Der Bundesrat begründet diesen neuen „Pass 2010“ mit dem [Schengen-Abkommen](#).

Doch dort ist keine Rede davon, dass die Daten in einer zentralen Datenbank gespeichert werden müssen!

Nur in ganz wenigen Ländern wird überhaupt eine zentrale Datenspeicherung in Erwägung gezogen (Portugal, Niederlande, Finnland und Grossbritannien). [Deutschland](#) und Österreich haben sich definitiv gegen eine zentrale Datenbank entschieden.

Die Reisefreiheit ist bei einem NEIN zum Bundesbeschluss NICHT gefährdet! Nicht einmal die USA verlangen für die Einreise zwingend einen biometrischen Pass! Für Reisen in die USA ohne biometrischen Pass wird, wie für viele andere Länder, einfach ein Visum benötigt. Es kann keine Rede davon sein, dass Reisen in die USA nur noch mit biometrischen Pässen möglich sei.

Es gibt am 17. Mai 2009 für diesen Bundesbeschluss, der weit über die Vorgaben der EU und der USA hinauschießt, nur ein Votum: **NEIN zum Bundesbeschluss zur Zwangseinführung von biometrischen Schweizer Pässen und Identitätskarten!**

Quelle: Freiheitskampagne.ch

Einheitspolizei für den Aargau

Die Polizei, das Exekutivorgan des aargauischen Staates und seiner Gemeinden, soll sich als **EINHEIT** präsentieren. Die Schweizer Demokraten des Kantons Aargau fordern die rasche Bildung und Einführung einer Aargauischen **EINHEITSPOLIZEI**.

Xaver Schüepp, Zufikon



In der Schweiz befindet sich die Polizeihöhe bei den Kantonen. Das zuständige Organ im Kanton Aargau ist die Kantonspolizei. Im Rahmen des Polizeigesetzes vom 6. Dezember 2005, werden ein Teil der polizeilichen Aufgaben an die Stadt- und Gemeindepolizeien, sowie private Sicherheitsdienste delegiert. Leider ergeben sich bei der Umsetzung und Anwendung dieser polizeilichen Mehrstufigkeit nicht nur

in der Einführungsphase, sondern auch in der stetigen Anwendung immer wieder Probleme. Die Polizei ist Ordnungsmacht und zuständig für die innere öffentliche Sicherheit. Als Ordnungsmacht ist sie auch ein Dienstleister gegenüber den Bürgern und Einwohnern. Und gerade diese bemängeln je länger je öfter die Qualität der polizeilichen Arbeit und Organisation. Die Bürger sind verunsichert und verlieren das wichtige Vertrauen in die Polizei. Die Schweizer Demokraten fordern von den Aargauer

**„Die Polizei ist
Ordnungsmacht und
zuständig für die innere
öffentliche Sicherheit“.**

Politikern den sofortigen und effizienten Umbau der heute doppelspurigen Polizei-

**„Die Bürger sind
verunsichert und
verlieren das wichtige
Vertrauen in die Polizei“.**

Organisation in eine Aargauische Kantonale **EINHEITSPOLIZEI** unter dem Namen „**KANTONSPOLIZEI AARGAU**“. Die aargauische Polizei soll sich in Zukunft seinen Bürgern gegenüber als Einheitspolizei zeigen und dementsprechend handeln. Jeder Polizist vertritt die aargauische Staatsmacht, mindestens „pro forma“, in vollem Umfange und gibt sich seinen Kunden so zu erkennen. Die konkrete Umsetzung und Sicherstellung obi-

ger Forderung ist „Interna“ der Kantonspolizei und mit Sicherheit eine anspruchsvolle Aufgabe. Es könnte auch ein erhöhter Finanzierungsbedarf notwendig sein. Die Vorteile überwiegen aber bei weitem. Die Kunden können jederzeit sofort mit der richtigen polizeilichen Ansprechperson rechnen und sprechen. Das Vertrauen und das Sicherheitsgefühl bei den Bürgern erhöhen sich. Ebenfalls wird sich die Wertschätzung und das Ansehen der Polizei in der Bevölkerung verbessern. Und schlussendlich können wir damit auch dem Problem der mangelnden Rekrutierungsbereitschaft junger Schweizer für den Polizeidienst entgegenzutreten.

Quantanamo Häftlinge in der Schweiz?

Nach dem der neue Amerikanische Präsident bekannt gab, dass er Quantanamo schliessen will, teilte Bundesrätin Micheline Calmy Rey in einer Pressekonferenz mit, dass „die Schweiz“ bereit sei, Quantanamo Häftlinge aufzunehmen. Dass es potentielle Terroristen sind, scheint beim EDA niemanden zu interessieren. Um festzustellen, ob sie zur

Gewalttätigkeit neigen, wollen sie lediglich einen Psychiater hinzuziehen. Wahrscheinlich dieselben, die Mörder und Vergewaltiger aus unseren Haftanstalten in die Freiheit entlassen. Offenbar hat der Minderwertigkeitskomplex bei Frau Calmy Rey bewirkt, dass sie die Realität endgültig aus den Augen verloren hat.
G. Simonella, Möhlin

Mahnung an die Eidgenossen

Liebe Freunde!

Machet den Zaun nicht zu weit, damit Ihr desto besser verharret in Frieden dass Ihr bei Euer sauer eremteten löblichen Freiheit verbleiben möget. Beladet Euch nicht mit fremden Sachen, verbindet Euch nicht mit fremder Herrschaft, hütet Euch vor Zwietracht und Eigennutz, beschirmt Euer Vaterland und bleibt dabei. Lasst Euch nicht gelüsten, geht nicht darauf aus zu kriegen. Im Falle aber, dass Euch jemand überfallen wollte, da streitet tapfer für Freiheit

und Vaterland. Lasst Eigennutz, Missgunst, Neid und Hass unter Euch nicht aufkommen, sonst ist's mit Eurer Macht zu Ende. Haltet zusammen, bleibt in dem Weg und den Fussstapfen Eurer Voreltern, behaltet und bestätigt, was sie uns gelehrt haben, alsdann vermag Euch weder Anstoss noch Sturmwind zu schaden, wie heftig sie auch gehen werden.

Nikolaus von Flüe

Schweiz ohne Waffen, eine Augenwischerei!

Nachdem der Schweizer Bürger per 12. Dezember 2008 zum wiederholten Mal eine Revision des bestehenden Waffengesetzes präsentiert bekam, reagierten insbesondere linke Gruppierungen und Armeegeegner flugs mit der sogenannte Initiative „Schutz gegen Waffengewalt“. Auch bekannt als ANNABELLE- Initiative!

Ruedi Schär, Uerkheim



Hierzu möchte ich einige Dinge ins rechte Licht stellen. Es wiederholt sich mit schöner Regelmässigkeit, dass neue Gesetze in Kraft gesetzt werden, bevor überhaupt das bestehende alte Gesetz durchgesetzt werden kann. Beispiel eben das Waffengesetz. Schon die zwei alten Vorlagen sagten klar aus, dass Leute aus Ex Jugoslawien, der Türkei und Libyen, sowie anderen Problem Staaten, ein Waffentragverbot haben. Soweit alles klar, denkste!

Laufend werden wir per Medien über Gewaltexzesse von Personen aus eben diesen Ländern beglückt, zum grossen Teil mit Waffen verübt, die sie eigentlich gar nicht tragen dürften.

Daran werden auch neue



Waffengesetze nichts ändern, weil offensichtlich keine rigorose Kontrolle durch die Polizei erfolgt, die Frage „warum auch immer?“ sei hier erlaubt!

Fazit dieser alten Problematik ist doch, dass noch so rigorose Waffengesetze den Schwarzhandel nie unterbinden können.

Die eingereichte Initiative „Schutz vor Waffengewalt“, entlarvt die Urheber dieser Aktion erstens als realitätsfremde Tagträumer und zweitens zum Teil ganz klar als die immer aus dem gleichen Lager stammenden Armeegeegner, denen kein Mittel zu schade und primitiv ist, das Volk mit absurden Falschinformationen für ihre Ziele zu missbrauchen. Ihr

„Zumeinen ist nicht weg zu diskutieren, dass durch die Einwanderung von gewissen Volksgruppen eine Gewaltkultur importiert wurde, die uns zunehmend vor immense Probleme stellt.“

Ziel ist nach wie vor die Abschaffung der Armee sowie die Eliminierung des Schiesssportes.

So schrecken die Urheber dieser Vorlage auch vor niedrigsten Werbekampagnen nicht zurück, (siehe die gestellten Fotos in der ANNABELLE), wo ein Vater seiner Frau das Sturmgewehr auf den Kopf richtet oder die Plakate der SP mit fünf bluttriefenden Fingern.

Ich möchte hier ganz klar festhalten, dass bei den Schweizer Demokraten gewisse Sorgen und Vorbehalte im Bezug auf Waffen — die gerade bei Frauen oft festzustellen sind — nicht einfach abgetan werden. Nur mit einem kurzsichtigen Verbot des privaten Waffenbesitzes erreichen wir gar nichts.

Die Probleme von immer schlimmeren Gewaltexzessen greifen viel tiefer. Zum einen ist nicht weg zu diskutieren, dass durch die Einwanderung von gewissen Volksgruppen eine Gewaltkultur importiert wurde die uns zunehmend vor immense Probleme stellt. Zum anderen sind hier auch die Eltern gefordert, die ihren Zöglingen den Konsum von perversen und abartigen PC-Killerspielen verbieten sollten. Es gibt sicher viele vernünftige Formen mitzuhelfen, die Freizeitgestaltung und Erziehung der Kinder in andere Bahnen zu lenken.

Ein weiteres Argument, um dem Volk die Vorlage schmackhaft zu machen, ist die Behauptung, dass damit Selbstmorde massiv verhindert werden. Auch hier mit einer bewussten Falschinformation. So wird behauptet, dass „schätzungsweise“ jährlich über 1300 Personen durch Armeewaffen aus dem Leben scheiden würden. Erstens ist die Zahl

komplett aus der Luft gegriffen und zweitens werden Lebensmüde immer Mittel und Wege finden, um sich zu verabschieden.

„Scheinheilige Verbote und Repressalien gegenüber unserer Armee und dem pflichtbewussten Schweizer Bürger werden wir nie unterstützen.“

Was ist also zu unternehmen? Dem Volk muss sachlich erklärt werden, was für ein falsches Spiel die Urheber der genannten Initiative mit uns treiben. Schützen und Waffensammler müssen noch mehr darauf achten, dass in ihren Reihen keine dubiosen Gestalten Platz finden. In einigen mir bekannten Vereinen herrscht schon heute eine rigorose Selbstkontrolle, da wir uns bewusst sind, dass unsere Gegner auf jede Gelegenheit warten, uns ins schlechte Licht zu rücken. Zum Schluss ist folgendes festzuhalten: Die Schweizer Demokraten sind klar gegen jeglichen Missbrauch von Waffen, scheinheilige Verbote und Repressalien gegenüber unserer Armee und dem pflichtbewussten Schweizer Bürger werden wir aber nie unterstützen.

Globalisierung oder Nationalstaaten ?

Seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion hat sich ein Glaube beziehungsweise Aberglaube auf der Welt verbreitet, es existiere eine Art unabhängige, objektive und gerechte Instanz genannt „Weltmarkt“, der die Verteilung der Güter schon regle und sogar ein Optimum der Verteilung erreiche.

Man müsse sie nur gewähren lassen und auf menschliche Eingriffe verzichten, dann komme alles gut. Der Weltmarkt gewissermassen als Naturgesetz. Es ist die Theorie oder besser gesagt Ideologie des Neoliberalismus.

Auf dem Weltmarkt setzt sich das durch, was preislich am günstigsten ist. Eine wichtige Rolle beim Globalisierungsprozess bilden die gemessen an den verursachten Umweltschäden ungenügenden Preise für Warentransporte.

Dank ihnen wir es etwa lohnenden, Schafffleisch aus Neuseeland nach Europa zu verkaufen. Besonders bedenklich ist der Verdrängungswettbewerb auf dem

Gebiet unerlässlicher Lebensmittel. Durch die Tendenz zur internationalen Monopolisierung der Lebensmittelerzeugung werden die einheimischen Bauern vernichtet.

Was kann politisch dagegen unternommen werden? Vereinfacht gesagt gibt es nur eine Lösung: die Kompetenzen des Nationalstaates sind wo immer möglich zu stärken, und die Hoffnung, irgendwelche Globalisierung würde helfen, die anstehenden Probleme zu meistern, sind zu begraben. Echte Demokratie lässt sich nur kleinräumig, gewissermassen von unten her aufbauen, und politische grosse Räume lassen sich nur diktatorisch von oben regieren.

Abstimmungsempfehlung der Schweizer Demokraten für die Abstimmung vom 17. Mai 2009



«Komplementärmedizin»	JA
Verordnung über biometrische Pässe und Reisedokumente (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).	Nein
Verfassung des Kantons Aargau; Änderung vom 13. Januar 2009	Nein
Schulgesetz (SchulG); Änderungen vom 13. Januar 2009 (4 Kleeblatt-Vorlagen)	4 x Nein
«Für eine Energiepolitik mit Weitsicht»	JA

Das Kleeblatt



- Ist nicht kindgerecht
- Liegt pädagogisch quer
- Senkt das Bildungsniveau
- Ist nicht bezahlbar

Ich will etwas für meine Heimat tun!

- Ich möchte Mitglied der SD werden
- Ich wünsche weitere Infos

Name, Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Wohnort: _____

Jahrgang _____ E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Ausschneiden und Einsenden an:
Schweizer Demokraten Aargau, Breitestrasse 14, 5734 Reinach



Blickpunkt Aargau

Herausgeber:

SD Aargau,
Breitestrasse 14,
5734 Reinach

Postkonto: 50-8885-0

www.sd-aargau.ch

Agenda

9. Mai 2009

Delegiertenversammlung
SD Schweiz, 10.30 Uhr
Rest. Bären, Reinach

15. Mai 2009

Parteitag SD Aargau
19.30 Uhr, Rest. Horner
Hendschiken

16. Mai 2009

Parteitag SD Zofingen
Ab 14.00 Uhr,
Waldhütte Uerkheim